

INHALT

1. CDU will Inklusion „entschleunigen“
2. CDU: Schlechterstellung der Gymnasien macht Wahlmöglichkeit zwischen G8/G9 noch wichtiger
3. NOK-Ausbau konkret im Koalitionsvertrag verankert
4. ELER-Mittel und Filtererlass
5. Landesregierung legt Wohnungsbaubericht vor
6. Mehr Nachwuchs für die Feuerwehren
7. Film- und Tonaufnahmen des Gemeinderates

20.03.2014

CDU will Inklusion „entschleunigen“

CDU-Antrag zur Inklusion an den Schulen findet Unterstützung des Behindertenbeauftragten



Inklusion bedeutet, dass behinderte Kinder am Unterricht an den Regelschulen teilnehmen. Schon heute tun das in Schleswig-Holstein 60 Prozent der betroffenen Kinder. An der Umsetzung gibt es zunehmend Kritik von Lehrkräften und Eltern. Bis Mitte des Jahres will Bildungsministerin Professor Waltraud Wende ein „Inklusionskonzept“ vorlegen. Die Umsetzung läuft parallel dazu weiter.

Heute wurde ein Antrag der CDU-Fraktion in erster Lesung im Parlament behandelt, der eine „Entschleunigung“ der Umsetzung fordert. Vor der Erarbeitung eines Konzeptes müsse

festgestellt werden, welche Maßnahmen erfolgreich seien. Bis dahin müssten die Förderzentren als Schulen mit Schülern erhalten bleiben. Auch müsse die Ausbildung von Sonderpädagogen im Rahmen der Spezialwissenschaften weiter gehen. CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen begründete den Antrag: „Wenn integrativer Unterricht nicht erfolgreich ist, kann er zu Ausgrenzungen von Kindern führen. Der Erfolg der Inklusion spiegelt sich nicht in der Zahl integrativ beschulter Kinder wider, sondern in der Qualität der Beschulung und dem Erreichen des Anspruchs einer selbstbestimmten gesellschaftlichen Teilhabe.“

Der CDU-Antrag erhielt die Unterstützung des Behindertenbeauftragten des Landtages, sowie der Fraktionen der FDP und der Piraten. Er wird nun in den Ausschüssen weiter beraten.

Link zur Rede:

<http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemitteilungen/index.html>

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1681.pdf>

CDU: Schlechterstellung der Gymnasien macht Wahlmöglichkeit zwischen G8/G9 noch wichtiger SPD, Grüne und SSW setzen in der Bildungspolitik Tolerierungsvereinbarung von 2005 um



Heike Franzen, MdB

Auf Antrag der FDP-Fraktion ging es heute erneut um die Wahlfreiheit von Gymnasien zwischen dem acht- und neunjährigen Bildungsgang. CDU-Bildungspolitiklerin Heike Franzen betonte, ihre Fraktion stehe nach wie vor zur Wahlfreiheit. Diese sei durch die Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW im Übrigen noch wichtiger geworden.

Durch den von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Wegfall der Schullaufbahneempfehlung und das weitgehende Verbot der Versetzung vom Gymnasium an die Gemeinschaftsschule müssten die Schulen wesentlich mehr individuelle Förderung leisten. Die entsprechenden Hilfsmittel und Ressourcen würden den Gymnasien jedoch nicht nur verweigert, sondern sogar genommen, betonte Franzen mit Blick auf die übermäßigen Stellenstreichungen an den Gymnasien. Darüber hinaus würden die Anforderungen für die Oberstufen an Gemeinschaftsschulen im Vergleich zu den Gymnasien abgesenkt.

„Die Abschaffung der Gymnasien ist für Sie längst beschlossene Sache“, so Franzen, die aus der Tolerierungsvereinbarung der drei heutigen Koalitionspartner aus dem Jahr 2005 zitierte. Dort sei der schrittweise „Einstieg in die ungeteilte Schule nach skandinavischem Vorbild“ genau in der Form geschildert worden, wie er nun stattfinde. „Heute setzen Sie das um, allerdings

verschweigen Sie das Ziel“, so Franzen.

Link zur Rede:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2014-03/20/10-35-32-3626/PI-Uyq2ZDYm-cdu.pdf>

NOK-Ausbau konkret im Koalitionsvertrag verankert Für die CDU gehören NOK und Elbausbau zusammen

In der heutigen Debatte über den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals hat CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp zur Behebung der bereits vielfach diskutierten Missstände bis 2025 einmal mehr eine bessere Zusammenarbeit zwischen Land und Bund gefordert: „Ich gehöre nicht zu denjenigen, die ständig mit dem Finger nach Berlin zeigen und kritisieren, dass die Schleuse erneut teurer geworden ist. Verkehrsminister Meyer muss einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass das Geld für den NOK kommt“, sagte Arp in Richtung Landesregierung.

Schließlich sei der NOK-Ausbau als einziges Verkehrsprojekt konkret im Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Bundesebene verankert.

Arp warnte eindringlich davor, den Nord-Ostseekanal als einzelnes Projekt zu betrachten. Zur Zukunft des Kanals gehörten ebenso die Elbvertiefung und die Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen Häfen in der Elbe und im Kanal.

„Damit das gelingt, muss Verkehrsminister Meyer die Grünen auf Linie bringen. Es macht nach wie vor überhaupt keinen Sinn, für den schnellen Kanalausbau zu kämpfen und gleichzeitig die Fahrrinnenanpassung der Elbe zu blockieren“, so Arp.



Verkehrsexperte, Hans-Jörn Arp, MdL

ELER-Mittel und Filtererlass CDU kritisiert falsche Schwerpunktsetzung

Zwei landwirtschaftliche Themen standen heute auf der Tagesordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages: die zukünftige Vergabe der EU-Mittel für die Entwicklung der ländlichen Räume (ELER-Mittel) sowie der so geplante Filtererlass. Letzterer sieht - nach den Plänen von Minister Dr. Robert Habeck - eine generelle Pflicht für Schweinemastbetriebe vor, ihre Ställe mit Filteranlagen auszustatten und gegebenenfalls nachzurüsten.

Der CDU-Agrarexperte Heiner Rickers kritisierte Minister Dr. Robert Habeck in beiden Debatten scharf. Der Filtererlass sei überflüssig, da bereits nach den geltenden Rechtsvorschriften bei jedem einzelnen Stallbauvorhaben geprüft werde, ob ein solcher Filter nötig sei. Die Kosten für einen nachträglichen Einbau seien immens und für viele Landwirte baulich nur schwer umzusetzen-

Bei der vorgesehenen Verwendung der ELER-Mittel für die bevorstehende Förderperiode 2014 bis 2020 bemängelte Rickers eine falsche Schwerpunktsetzung des Ministers. In seiner Rede erklärte der CDU-Politiker dazu: „Hinter dem Schwerpunkt Ökologisierung verbirgt sich nichts anderes als eine weitere Flächenstilllegung durch die Hintertür“, so Rickers. Pro Jahr sollen mehr als 80 Millionen Euro für Ökologierungsprojekte verwendet werden.

Pressemitteilung zu den ELER-Mitteln

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-20_Pressemeldung_4209.pdf

Pressemitteilung zum Filtererlass

http://10.48.148.4/media/2014-03-20_Pressemeldung_4214.pdf



Landesregierung legt Wohnungsbaubericht vor CDU sieht Wohnungsbauinvestitionen in Gefahr

Die Ankündigungen der Landesregierung, neue und schärfere ordnungsrechtliche Beschränkungen einzuführen – wie zum Beispiel eine Mietpreisbremse – stoßen bei der CDU-Fraktion auf scharfe Kritik. In der heutigen Landtagsdebatte stellte der CDU-wohnungsbaupolitische Sprecher, Peter Lehnert dar, wie durch die von SPD, GRÜNEN und SSW geplanten Verschärfungen die Schaffung und Erhaltung bezahlbarer Wohnungsangebot deutlich erschwert werde. Er empfahl der Landesregierung einen differenzierten Blick auf die Realität der schleswig-holsteinischen Wohnungsmärkte.

Zuvor hatte Innenminister Andreas Breitner im Landtag einen mündlichen Bericht zur Wohnungswirtschaft gehalten.

Pressemitteilung

http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Lehnert_45/archiv/2014-03-20_4213.html

Mehr Nachwuchs für die Feuerwehren **CDU will Feuerwehren für Kinder ab 6 Jahren öffnen**

Mit einem eigenen Gesetzentwurf hat die CDU-Landtagsfraktion heute den Weg geebnet, damit Feuerwehren Kinder auch schon ab 6 Jahren aufnehmen dürfen. Bislang liegt das Mindestalter bei 10 Jahren.

Mit einer Reform des Brandschutzgesetzes erhielten Feuerwehren die Möglichkeit, die Kinder in dem Alter abzuholen, wo das kindliche Interesse für Feuerwehrautos und die Neugier auf die Feuerwehr besonders groß seien.

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Pressemitteilung

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-03-20_Pressemeldung_4212.pdf

CDU-Antrag

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1665.pdf>

Film- und Tonaufnahmen des Gemeinderates **Landtag beschließt Änderung der Gemeindeordnung**

Film- und Tonaufnahmen von Gemeinderatssitzungen sind künftig explizit erlaubt. Dazu änderte der Landtag die Gemeindeordnung. Voraussetzung für eine Aufzeichnung ist, dass die Hauptsatzung der Gemeinde eine entsprechende Regelung aufnimmt.

Film- und Tonaufnahmen waren zwar bisher auch erlaubt, allerdings gab es keine rechtliche Grundlage.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de